

Rede von Pit Clausen,

Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen
und Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld,
anlässlich der Mitgliederversammlung des
Städtetages Nordrhein-Westfalen
am 6. Juni 2018 in Bielefeld

„Nordrhein-Westfalen: Land der Städte“

SPERRFRIST: 6. Juni 2018, Beginn der Rede ca. 11:45 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlichen Dank Herr MP für Ihre Worte. Sie zeigen, dass die Landesregierung auch in der Spitze die Interessen der Städte „auf dem Schirm hat“. Das ist wichtig und Voraussetzung dafür, dass wir in einem konstruktiven Miteinander die besten Lösungen für unser Land finden. Ihre Rede verstehe ich als Einladung zu diesem konstruktiven Miteinander und ich darf für die Städte in NRW sagen: wir sind dabei. Herzlichen Dank.

„Nordrhein-Westfalen – Land der Städte“! Kein anderes Flächenland in der Bundesrepublik ist so geprägt von seinen Städten, von dem urbanen Charakter der Siedlungsräume wie unser Nordrhein-Westfalen. Im Grunde bilden wir den **größten Stadtstaat in Deutschland**, größer als Berlin und wichtiger als Hamburg.

Nun gibt es in der kommunalen Familie Nordrhein-Westfalens auch Konkurrenzen zwischen Altbier und Kölsch oder Borussia und Schalke. Aber jenseits dieser Konkurrenzen haben wir es geschafft, die Gemeinsamkeiten und das Verbindende in den Mittelpunkt zu rücken. Wir stehen in den Städten vor vielen vergleichbaren Herausforderungen, die wir nur bestehen, wenn wir zusammenhalten und uns zusammen tun. Wir können voneinander lernen und wir können mehr bewegen, wenn wir gemeinsam auftreten als wenn jede Stadt für sich versucht, ihre Interessen im Land oder im Bund zu verfolgen.

Wir verfolgen das Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen zu sichern oder zu schaffen, in allen Städten Nordrhein-Westfalens. Das geht nur im Schulterschluss mit dem Land. Wir bieten dem Land unsere Umsetzungskompetenz vor Ort an. Wir wissen, wo vor Ort der Schuh drückt und wir können die Herausforderungen von der Altenpflege bis zur Zuwanderung bewältigen. Aber wir **brauchen** dabei die **Unterstützung des Landes** und zwar in doppelter Hinsicht:

- Zum einen müssen finanzielle Lasten fair verteilt sein. Ohne Moos geht nix los. Und wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen.
- Zum anderen lasst den Kommunen die Freiheit für individuelle Entwicklungen. Was für Dortmund gut ist, muss in Köln nicht passen. Wir brauchen mehr Vertrauen in die kommunale Kompetenz und weniger zentrale Qualitätsstandards.

Die **Entwicklung** der Städte in Nordrhein-Westfalen ist **nicht einheitlich**. Es gibt Städte mit wachsender Einwohnerzahl und welche mit schrumpfender Einwohnerzahl; welche mit Haushaltsüberschüssen und welche mit erheblichen Defiziten; welche mit freiem und preiswerten Wohnraum und welche mit Wohnraumangel und fast explodierenden Grundstückspreisen.

Weil die Ausgangslagen und Entwicklungen in den Städten unterschiedlich sind, brauchen wir auch differenzierte gezielte Unterstützungsmaßnahmen von Land und Bund, die der jeweiligen Stadt in ihrer besonderen Lage helfen.

Es ist gut, dass auf Bundesebene eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ diese Themen aufnehmen soll. Wir erwarten, dass sie Unterstützungsvorschläge entwickeln, die noch in dieser Legislatur greifen können. Wir können uns vorstellen, dass eine Weiterentwicklung der im Grundgesetz vorgesehenen Institute der „Gemeinschaftsaufgaben“ ein Weg ist. Daneben sollten Fördertöpfe und Modellprojekte zur Städtebauförderung im weiten Sinne aktiviert werden. Und wir brauchen absehbar eine ehrliche und transparente Diskussion darüber, was

der Schwerpunkt von Förderung sein kann. Hilfe statt Gießkanne, Bedarf statt Himmelsrichtung sollten hier die Parameter sein.

Ich stelle jetzt eine rhetorische Frage: Kennen Sie den **Investitionsrückstand** in Ihrer Stadt? Ich gehe davon aus, dass Sie ihn kennen. Aber kennen sie den kumulierten Investitionsrückstand in allen 11.000 deutschen Kommunen? Nach Angaben des Difu beträgt er 126 Mrd Euro, das sind 1.500 Euro pro Einwohner. Für mein Bielefeld wären das rund 500 Mio Euro!

Die **NRW Kommunen** konnten in 2017 rund 3 Mrd Euro in ihre Infrastruktur investieren, das sind rund 170 Euro pro Einwohner. Es ist offensichtlich, dass das nicht reicht. Wir fahren die kommunale Infrastruktur nicht auf einem platten Reifen sondern schon längst auf Felge.

Bund und Land haben in den vergangenen Legislaturperioden den kommunalen Hilfebedarf erkannt und Hilfsprogramme aufgelegt. Ich nenne das KommunalförderungsG 1 und 2 und das Landesprogramm „Gute Schule 2020“. Das sind wichtige und gute Hilfen. Danke dafür!

Sie dürfen aber nicht nur vorübergehender Natur sein oder gar in Abhängigkeit der Haushaltslage von Bund oder Land aufgelegt werden. Wir können unsere Planungs- und Umsetzungskapazitäten nicht beliebig hoch- und runter fahren. Wir brauchen keine kurzfristigen „Blitz-Förderungen“, sondern eine dauerhafte und verlässliche Stärkung unserer Investitionskraft. Nur damit können wir den Verfall der kommunalen Infrastruktur aufhalten.

Einen besonderen Blick verdient die **Verkehrsinfrastruktur**. Hier mühen sich alle staatlichen Ebenen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde auch Dank des NRW Einflusses endlich eine deutliche Erhöhung des GVFG Bundesprogrammes zur Finanzierung großer ÖPNV Projekte vereinbart. Konsequenter wäre eine entsprechende Erhöhung auch der NRW Landesmittel. Denn wir brauchen nicht nur die großen Projekte, sondern in der Fläche eine Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten von PKW auf die Träger des Umweltverbundes. Es geht darum, den Verkehrskollaps zu vermeiden, Wirtschaftsmobilität zu sichern und Umwelt- oder Gesundheitsbeeinträchtigungen entgegen zu wirken. Für diese Herausforderungen brauchen wir auch keine unausgegorenen Blitzsofortprogramme. Wir brauchen vielmehr mittelfristige Orientierung und Planungssicherheit.

Und nur ein Wort zu den **drohenden Fahrverboten**: Es ist ja schön, wenn keine Landesbehörde ein solches verhängen wird. Wir gehen aber davon aus, dass die Gerichte die Landesbehörden entsprechend verurteilen werden, wenn nicht vorher ein umfassender Soft- und Hardwareupdate auf Kosten der Automobilhersteller erfolgt, wonach es bisher nicht aussieht. Und dann haben wir nicht nur die Bürger vor dem Rathaus, sondern ohne blaue Plakette auch kaum Chancen, das Recht durchzusetzen. Hier fühle ich mich von der „Beruhigungsallianz der Automobilindustrieschoner“ schon ziemlich alleine gelassen. Und das ist nicht gut so.

Lassen Sie mich einen Blick auf die **Kassenlage der Städte** werfen. Im vergangenen Jahr haben die nordrhein-westfälischen Kommunen einen Überschuss von 2 Mrd Euro erwirtschaftet. Statistisch ein Superergebnis und insbesondere Ausdruck dafür, dass die Wirtschaft in NRW gut läuft. Sie ist der Motor für das Land. Ohne dessen Kraft ginge hier wenig. Das müssen wir bei Debatten über Raumentwicklung genauso bedenken wie bei Debatten über die Breitbandversorgung, um hier nur zwei Aspekte aufzurufen.

Aber zurück zu dem Überschuss. Das Problem an den schönen 2 Mrd Euro ist, dass nicht alle in gleichem Umfang daran teilhaben. Es sind weiter 64 Kommunen im Stärkungspakt. Und auch darüber hinaus geht mancher städtischer Haushalt bei den steigenden Soziallasten in die Knie. Die Soziallasten sind in einem Jahr des Wirtschaftsbooms um 3 Prozent, also um 500 Mio Euro gestiegen; den Asylbereich habe ich dabei nicht berücksichtigt. Und das trifft insbesondere die größeren Städte. Denn dort sammeln sich die sozialen Problemlagen.

Darum müssen wir über die **Verteilung der GFG Mittel** reden. Der kommunale Finanzausgleich ist heute die entscheidende Stellschraube für die Verteilung von finanziellen Mitteln an die Kommunen. Im laufenden Jahr beträgt das Gesamtvolumen 11,7 Mrd Euro. Das ist ein Rekordwert. Der Rekord beruht auf der Entwicklung der Steuereinnahmen, letztlich also auf dem Wirtschaftsboom. Diese Entwicklung hat den kommunalen Haushalten erheblich geholfen und Luft verschafft.

Kommunalfreundliche Entscheidungen der neuen Landesregierung haben diesen positiven Effekt verstärkt. Die vollständige Abschaffung des Kommunalsoli und die schrittweise Abschaffung des Vorwegabzugs sind beispielsweise gute und richtige Schritte. Sie zeigen, dass auch in der neuen Landesregierung die kommunalen Interessen gesehen und beachtet werden.

Trotzdem haben wir in den Städten **Sorgen**.

- Eine Sorge betrifft die Entwicklung des Verteilungsschlüssels nach dem GFG. Wir sehen die grundsätzliche Konstruktion des bestehenden Verteilsystems durch das Sofia-Gutachten bestätigt. Wir hören mit Sorge, dass **die Sozialkomponente** bei der Verteilung geringer gewichtet werden soll. Dies würde vor allem die strukturschwachen Städte treffen. Es darf nicht sein, dass durch die Schwächung der Sozialkomponente die erfolgreiche Umsetzung des Stärkungspakts Stadtfinanzen vielerorts gefährdet wird. Der Erfolg jahrelanger Konsolidierungsbemühungen und die Entwicklungsmöglichkeiten großer Städte mit hunderttausenden von Einwohnern steht auf dem Spiel. Das können und werden wir nicht hinnehmen.
- Die andere Sorge betrifft die Nachhaltigkeit des jetzt seit 6 Jahren anhaltenden Wirtschaftsbooms. Ein Nachlassen des wirtschaftlichen Erfolgs führt zu weniger Steuereinnahmen und damit einem Absinken des Verbundaufkommens. So sehr wir uns in den letzten drei Jahren jeweils über Rekordhöhen des GFG Topfes freuen durften, so sehr würde uns ein Schrumpfen dieses Topfes treffen. Unsere Finanzausstattung muss aber gegenüber konjunkturellen Schwankungen gesichert werden. Deshalb empfehlen wir die **Verbundquote für die Kommunen von derzeit 23 %** perspektivisch (noch in dieser Legislatur) **zu erhöhen**. Das ist auch fair, denn die Kommunen haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übernommen, ohne dass die Verbundquote angepasst wurde.
- Und schließlich empfehlen wir eine **Entlastung** der Kommunen **von Soziallasten**. Die Strukturursache der jahrzehntelangen Überforderung liegt darin, dass den Kommunen die Verantwortung für Unterkunft und Heizung bedürftiger Menschen zugeordnet wurde. Diese Last überfordert insbesondere große Städte. Die Lösung ist einfach: Der Bund sollte seine Beteiligung an den KdU relevant erhöhen. Wir nehmen hin, dass es dann zur Auftragsverwaltung kommt. Hier würde ich mich über eine Unterstützung seitens der Landesregierung freuen.

Ein Megatrend unserer Zeit ist die **Urbanisierung**. Immer mehr Menschen ziehen in die Städte. Das zeigt, dass das Leben in der Stadt heute attraktiv ist. Dort werden Dinge geboten, die es anderswo nicht gibt.

Für die Städte bedeutet das zunächst, dass wir uns um den **Ausbau und die Anpassung der Infrastrukturangebote** kümmern müssen: von der Kita bis zur Altenpflege.

Wir müssen uns aber genauso um die **Entwicklung unserer Stadtgesellschaften** kümmern. Wir wollen Ausgrenzungen vermeiden, jeder soll grundsätzlich an allem teilhaben können. Dabei geht es nicht nur um die Integration der neu Zugewanderten, sondern auch darum, den Zusammenhalt in der Stadt und in den Quartieren zu erhalten. Wir müssen darauf achten, die unterschiedlichen Bedarfe in unserer sich verändernden Bevölkerung nicht gegeneinander auszuspielen, nach dem Motto „leider kann ich das Freibad nicht sanieren, ich muss ja die Flüchtlinge bezahlen“.

Deshalb ist es geboten, dass die **Kosten der Integration von Flüchtlingen** so vollständig wie möglich von Landes- oder Bundeseite erstattet werden.

Dabei erkennen wir an, dass die neue Landesregierung einen Teil der **Integrationspauschale** des Bundes in 2018 in Höhe von 100 Mio Euro weitergegeben hat. Perspektivisch sollen die Bundesmittel vollständig weitergegeben werden. Dann wird es um rund 430 Mio Euro jährlich gehen. Das hilft. Und das wird auch Zeit. Aber ich setze das mal ins Verhältnis zu dem, was die Kommunen ausgeben. In Bielefeld geben wir als Stadt etwa 18 Mio Euro jährlich für Flüchtlinge aus, die wir nicht erstattet bekommen. Bielefeld ist eigentlich immer mit rund 2 % im NRW Vergleich dabei. Das nehme ich als Indiz, dass NRW weit die Kommunen einen Netto-Aufwand von etwa 900 Mio Euro für die Integration von Flüchtlingen leisten. Das ist zu viel und das ist gefährlich.

Es ist geboten,

- dass uns auch die Leistungen, die **geduldete Flüchtlinge** nach dem AsylbLG beziehen, erstattet werden und
- es ist geboten, den Städten den Aufwand für das **Vorhalten von Reserve-Unterbringungskapazitäten** zu erstatten. Wir rechnen damit, dass es wieder zu höheren Zuzugszahlen kommen kann. Ein Blick in die Nachrichten über die Situation in den Flüchtlingslagern der Türkei oder Lybien zeigt, dass das Problem von der internationalen Gemeinschaft dort nicht menschenwürdig gelöst wird. Die Menschen werden deshalb dort nicht bleiben wollen. Und wir wollen dann besser vorbereitet sein als wir es 2015 waren. Aber dann ist es auch nur fair, wenn das Land diesen Vorsorge-Aufwand als erstattungsfähig anerkennt. Das erwarten wir von Ihnen, denn das Land hält ja auch klugerweise selber Reservekapazitäten vor.

Der Städtetag NRW versteht sich immer auch als Partner für die Landesregierung. Wir bieten unsere kommunale Expertise an, um Ihnen zu helfen, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Unsere Expertise bezieht sich insbesondere darauf, ob und wie fachpolitische Überlegungen tatsächlich vor Ort umgesetzt werden können. Denn nichts ist ärgerlicher als ein gut gemeintes Gesetz, das den Praxistest nicht besteht.

NRW ist das Land der Städte. Wir wollen dafür eintreten, dass dies ein Versprechen für eine gute Zukunft ist. Für alle Menschen in NRW. Herzlichen Dank.